

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

27. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 4. Oktober 1974

Nummer 95

Die Auslieferung des Ministerialblattes Nr. 85 verzögert sich um einige Tage. Es wird gebeten, von Nachfragen abzusehen.

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
20025	9. 9. 1974	RdErl. d. Innenministers Anwendung der Besonderen Vertragsbedingungen für den Kauf von EDV-Anlagen und -Geräten (BVB-Kauf).	1412
20025	9. 9. 1974	RdErl. d. Innenministers Anwendung der Besonderen Vertragsbedingungen für die Wartung von EDV-Anlagen und -Geräten (BVB-Wartung)	1412
21260	2. 9. 1974	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Finanzierung seuchengesetzlicher Untersuchungen	1412
21281	10. 9. 1974	Erl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Staatliche Anerkennung von Kurorten – Stadt Brakel –	1412
21281	10. 9. 1974	Erl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Staatliche Anerkennung von Kurorten – Stadt Wiehl –	1413
770 750	10. 9. 1974	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Versagung und Nebenbestimmungen der wasserrechtlichen Erlaubnis oder Bewilligung für Auskiesungen und Entsandungen	1413
7830		Berichtigung zum RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 17. 7. 1974 (MBL. NW. S. 1023) Erhebung von Gebühren für amtsärztliche Herkunfts- und Gesundheitsbescheinigungen im Interzonenverkehr	1413

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Seite
	Minister für Bundesangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei
6. 9. 1974	Bek. – Ungültigkeit eines Konsularischen Ausweises 1413
10. 9. 1974	Bek. – Ungültigkeit eines Konsularischen Ausweises 1413
	Innenminister
9. 9. 1974	Bek. – Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises 1413
	Landschaftsverband Rheinland
10. 9. 1974	Bek. – Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises 1414
	Personalveränderungen
	Innenminister 1414
	Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales. 1414

I.

20025

**Anwendung
der Besonderen Vertragsbedingungen
für den Kauf von EDV-Anlagen
und -Geräten (BVB-Kauf)**

RdErl. d. Innenministers v. 9. 9. 1974 –
I A 1/51 – 09.02

Nach § 4 Abs. 2 ADV-Organisationsgesetz – ADVG NW – vom 12. Februar 1974 (GV. NW. S. 66/SGV. NW. 2006) bedarf die Beschaffung von Datenverarbeitungssystemen einschließlich peripherer Geräte sowie von Datenerfassungsgeräten und Einrichtungen zur Datenfernübertragung für die Landesverwaltung und die Gesamthochschulen, wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen meiner Zustimmung.

Ich werde künftig dem Ankauf von DV-Anlagen und -Geräten aller Art grundsätzlich nur dann zustimmen können, wenn dem Vertrag die BVB-Kauf zugrunde gelegt werden.

Die Besonderen Vertragsbedingungen für den Kauf von EDV-Anlagen und -Geräten sind von der Koordinierungs- und Beratungsstelle für die EDV in der Bundesverwaltung in Abstimmung mit dem Kooperationsausschuß ADV Bund/Länder/Kommunaler Bereich erarbeitet worden. Sie wurden im GMBL 1974 Nr. 19 S. 326ff. und als Beilage Nr. 15 zum Bundesanzeiger 1974 veröffentlicht.

Es liegt im Interesse der gesamten öffentlichen Verwaltung, daß durch die Anwendung der „Besonderen Vertragsbedingungen“ beim Kauf von EDV-Anlagen und -Geräten den Herstellern gegenüber eine einheitliche Vertragspolitik betrieben wird. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird deshalb empfohlen, die Besonderen Vertragsbedingungen für den Kauf von EDV-Anlagen und -Geräten ebenfalls anzuwenden.

Im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei, Finanzminister, Kultusminister, Minister für Wissenschaft und Forschung, Justizminister, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr und dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

– MBL. NW. 1974 S. 1412.

20025

**Anwendung
der Besonderen Vertragsbedingungen
für die Wartung von EDV-Anlagen
und -Geräten (BVB-Wartung)**

RdErl. d. Innenministers v. 9. 9. 1974 –
I A 1/51 – 09.03

Als Ergänzung zu den Besonderen Vertragsbedingungen für den Kauf von EDV-Anlagen und -Geräten sind von der Koordinierungs- und Beratungsstelle für die EDV in der Bundesverwaltung in Abstimmung mit dem Kooperationsausschuß ADV Bund/Länder/Kommunaler Bereich auch Besondere Vertragsbedingungen für die Wartung von EDV-Anlagen und -Geräten erarbeitet worden. Diese sind anzuwenden, wenn für gekaufte EDV-Anlagen oder -Geräte besondere Wartungsleistungen vereinbart werden.

Die Besonderen Vertragsbedingungen für die Wartung von EDV-Anlagen und -Geräten sind im GMBL 1974 Nr. 19 S. 326 (351ff) sowie als Beilage Nr. 15 zum Bundesanzeiger 1974 veröffentlicht worden.

Im Interesse einer einheitlichen Vertragspolitik der öffentlichen Verwaltung wird den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts empfohlen, die BVB-Wartung ebenfalls anzuwenden.

Im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei, Finanzminister, Kultusminister, Minister für Wissenschaft und Forschung, Justizminister, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr und dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

– MBL. NW. 1974 S. 1412.

21260

**Finanzierung
seuchengesetzlicher Untersuchungen**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 2. 9. 1974 – VI A 2 – 27.20.04

Der RdErl. d. Innenministers v. 4. 7. 1962 (SMBL. NW. 21260), wird mit Wirkung vom 12. 7. 1974 wie folgt geändert:

1. In Nummer 2.1 wird in Zeile 6 nach dem Wort „Medizinalluntersuchungsstellen“ eingefügt „gemäß Tarifstelle 10.15.3 des Gebührentarifs der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung vom 9. Januar 1973 (GV. NW. S. 98), geändert durch Verordnung vom 28. Mai 1974 (GV. NW. S. 196) – SGV. NW. 2011 –“ und in Zeile 7 die Zahl 145 durch die Zahl 250 ersetzt.

2. In Nr. 3.1 werden

in Zeile 7 die Zahl 4,70 durch 8,10,
in Zeile 8 die Zahl 4,70 durch 8,10,
in Zeile 12 die Zahl 3,50 durch 6,00,
in Zeile 14 die Zahl 4,70 durch 8,10,
in Zeile 18 die Zahl 6,50 durch 11,20,
in Zeile 21 die Zahl 4,20 durch 7,20
ersetzt.

In den Zeilen 19 und 20 fällt fort: „ohne Anreicherung . . . 3,20 DM“.

3. In Nr. 3.3 tritt in Zeile 5 die Zahl 1,80 an die Stelle der bisherigen Zahl 1,40.

4. In Nr. 5.1 werden die Zeilen 7 und 8 wie folgt ersetzt: „gemäß Tarifstelle 10.15.3 des Gebührentarifs der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung eine Pauschgebühr von jährlich 250,- DM je angefangene 1000 Einwohner in Rechnung.“

5. In dem Muster des Antrags-Formblatts der Anlage 2 werden in der linken Spalte nach der Überschrift „Berechnung“

in Zeile 6 die Zahl 4,70 durch 8,10,
in Zeile 7 die Zahl 4,70 durch 8,10,
in Zeile 11 die Zahl 3,50 durch 6,00,
in Zeile 14 die Zahl 4,70 durch 8,10,
in Zeile 17 die Zahl 6,50 durch 11,20
ersetzt.

In der rechten Spalte werden

in Zeile 3 die Zahl 4,20 durch 7,20,
in Zeile 7 die Zahl 1,40 durch 1,80,
in Zeile 15 die Zahl 145,00 durch 250,00
ersetzt.

Zeile 2 fällt fort.

– MBL. NW. 1974 S. 1412.

21281

**Staatliche Anerkennung von Kurorten
– Stadt Brakel –**

Erl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 10. 9. 1974 – VI B 3 – 56.01.127

Aufgrund der §§ 1 und 2 der Verordnung über die staatliche Anerkennung von Gemeinden oder Gemeindeteilen als Heilbad oder Kurort vom 30. November 1971 (GV. NW. S. 378/SGV. NW. 2128) habe ich der Stadt Brakel, Kreis Höxter, die Artbezeichnung

„Staatlich anerkannter Luftkurort“

verliehen.

– MBL. NW. 1974 S. 1412.

21281

Staatliche Anerkennung von Kurorten – Stadt Wiehl –

Erl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 10. 9. 1974 – VI B 3 – 56.01.97

Aufgrund der §§ 1 und 2 der Verordnung über die staatliche Anerkennung von Gemeinden oder Gemeindeteilen als Heilbad oder Kurort vom 30. November 1971 (GV. NW. S. 378/SGV. NW. 2128) habe ich der Stadt Wiehl, Oberbergischer Kreis, die Artbezeichnung

„Staatlich anerkannter Luftkurort“

verliehen.

– MBl. NW. 1974 S. 1413.

770
750

Versagung und Nebenbestimmungen der wasserrechtlichen Erlaubnis oder Bewilligung für Auskiesungen und Entsandungen

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
v. 10. 9. 1974 – III A 3 – 606/11 – 14423

Auskiesungen und Entsandungen können nach §§ 2, 3 WHG erlaubnis- oder bewilligungspflichtige Gewässerbenutzungen sein. Auf meinen Erlaß vom 29. 7. 1974 (n. v.) III A 3 – 606/11 – wasserrechtliche Beurteilung von Auskiesungen oberhalb des Grundwassers – nehme ich Bezug.

Die Erlaubnis und die Bewilligung sind zu versagen, soweit von der beabsichtigten Benutzung eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere eine Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung zu erwarten ist, die nicht durch Auflagen oder durch Maßnahmen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 4 Abs. 2 Nr. 3 WHG) verhütet oder ausgeglichen wird (§ 6 WHG).

Der Begriff „Wohl der Allgemeinheit“ ist auf die Gesamtinteressen der Allgemeinheit und nicht allein auf das öffentliche Interesse an einer geordneten Wasserwirtschaft abgestellt (OVG Münster, Beschluß vom 29. 12. 1971 – XI A 834/70 – ZfW 1973, S. 56). Das ergibt sich namentlich aus §§ 13 Abs. 1, 14 LWG. Danach sind Benutzungsbedingungen und Auflagen insbesondere zulässig, um nachteilige Wirkungen für die Ordnung des Wasserhaushalts, den Bergbau, die Gesundheit der Bevölkerung, die Fischerei, die gewerbliche Wirtschaft, die Land- und Forstwirtschaft, den Natur- und Landschaftsschutz, den Verkehr und das Wohnungs- und Siedlungswesen zu verhüten oder auszugleichen (§ 13 Abs. 1 LWG). Nach § 14 LWG umschließt das Wohl der Allgemeinheit im Sinne von § 6 WHG ausdrücklich insbesondere auch den Schutz der Gesundheit und der Bodenfruchtbarkeit. Das „Wohl der Allgemeinheit“ gebietet daher eine Würdigung der öffentlichen Belange und Interessen unter allen Gesichtspunkten, die sich im Einzelfall feststellen lassen.

Eine Erlaubnis oder Bewilligung darf nicht mit dem Hinweis auf außerwasserrechtliche Belange abgelehnt oder an Nebenbestimmungen (Auflagen, Benutzungsbedingungen) außerwasserrechtlicher Art geknüpft werden, die in einem anderen Verwaltungsverfahren und von einer anderen Behörde zu regeln sind. Soweit eine Abgrabungsgenehmigung zu erteilen ist, bitte ich daher, landschaftspflegerische Nebenbestimmungen, deren Inhalt sich aus dem Abgrabungsgesetz vom 21. November 1972 (GV. NW. S. 372/SGV. NW. 75), aus den Verwaltungsvorschriften zum Abgrabungsgesetz, aus dem Reichsnaturschutzgesetz oder dem Landesforstgesetz ergibt, nicht in die wasserrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung, sondern in die Abgrabungsgenehmigung aufzunehmen.

Außerwasserrechtliche öffentliche Belange können bei der Erlaubnis oder Bewilligung vor allem dann nicht zur Begründung einer Entscheidung herangezogen werden, wenn eine andere Behörde in ihrer zuständigen Verantwortung und aufgrund ihrer Sachkunde diese Belange bereits anders beurteilt hat. Haben die jeweiligen, nicht dem Bereich der Wasserwirtschaft zugehörigen Belange eine rechtliche Konkretisierung durch eine spezielle Rechtsnorm oder durch bestandskräftigen Verwaltungsakt erfahren, so sind sie bei der Erlaubnis

und Bewilligung dagegen zu berücksichtigen. Die Erlaubnis und die Bewilligung sind daher zu versagen oder mit Nebenbestimmungen zu versehen, wenn andernfalls die Benutzungsvorgänge gegen verbindliche Verbote außerwasserrechtlicher Art verstoßen würden.

– MBl. NW. 1974 S. 1413.

7830

Berichtigung

zum RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
v. 17. 7. 1974 (MBl. NW. S. 1023)

Erhebung von Gebühren für amtsärztliche Herkunfts- und Gesundheits- bescheinigungen im Interzonenverkehr

In der Überschrift muß es richtig heißen:

Erhebung von Gebühren für amtstierärztliche Herkunfts- und Gesundheitsbescheinigungen im Interzonenverkehr.

– MBl. NW. 1974 S. 1413.

II.

Minister für Bundesangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei

Ungültigkeit eines Konsularischen Ausweises

Bek. d. Ministers für Bundesangelegenheiten und Chefs
der Staatskanzlei v. 6. 9. 1974 – I B 5 – 451 – 3/66

Der am 16. August 1966 von dem Ministerpräsidenten des Landes NW – Chef der Staatskanzlei – ausgestellte Konsularische Ausweis Nr. 1583 für Fräulein Mesrure Akev, Sekretärin im Türkischen Generalkonsulat Köln, ist in Verlust geraten. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte er gefunden werden, wird gebeten, ihn der Staatskanzlei des Landes NW zuzuleiten.

– MBl. NW. 1974 S. 1413.

Ungültigkeit eines Konsularischen Ausweises

Bek. d. Ministers für Bundesangelegenheiten und Chefs
der Staatskanzlei v. 10. 9. 1974 – I B 5 – 451 – 23/74

Der am 7. Juni 1974 von dem Chef der Staatskanzlei des Landes NW ausgestellte Konsularische Ausweis Nr. 2743 für Herrn Halit Anar, Bote im Türkischen Generalkonsulat Essen, ist in Verlust geraten. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte er gefunden werden, wird gebeten, ihn der Staatskanzlei des Landes NW zuzuleiten.

– MBl. NW. 1974 S. 1413.

Innenminister

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Bek. d. Innenministers v. 9. 9. 1974 –
II C 4/15–20.96

Der Dienstausweis Nr. 194 des Regierungsangestellten Josef Engels, geb. am 24. 4. 1949, ausgestellt am 7. 9. 1970 vom Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Der unbefugte Gebrauch des Dienstausweises wird strafrechtlich verfolgt.

Sollte der Ausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn dem Landesamt für Besoldung und Versorgung NW, 4 Düsseldorf, Völklinger Str. 49 zurückzugeben.

– MBl. NW. 1974 S. 1413.

Landschaftsverband Rheinland**Ungültigkeitserklärung
eines Dienstausweises**

Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland v. 10. 9. 1974 –
590 – 640-29/04

Der vom Landschaftsverband Rheinland – Autobahn-Neubauamt Köln – für L. Oberbauamtmann Walter Schinke ausgestellte Dienstausweis Nr. 06 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Sollte der Ausweis gefunden werden, wird gebeten, diesen dem Landschaftsverband Rheinland – Fernstraßen-Neubauamt Köln –, 5 Köln 91, Am Grauen Stein 33, zuzustellen.

– MBl. NW. 1974 S. 1414.

Personalveränderungen**Innenminister****Ministerium**

Es sind ernannt worden:

Regierungsdirektoren

E. Langer,
Dr. H. Rabeneck

zu Ministerialräten

Nachgeordnete Behörden

Es sind ernannt worden:

Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen

Oberregierungsrat A. Mecklenbeck
zum Regierungsdirektor

Regierungsräte

J. Claafens,
O. Seiger

zu Oberregierungsräten

Landeskriminalamt

Regierungsschemierat z. A. Dr. H. Nickel
zum Regierungsschemierat

Regierungspräsident – Arnsberg –

Regierungsdirektor E. Frieling
zum Leitenden Regierungsdirektor

Oberregierungsrat W. Kohlwes
zum Regierungsdirektor

Regierungspräsident – Köln –

Oberregierungs- und -baurat Dipl.-Ing. H. Freitag
zum Regierungsdirektor

Regierungspräsident – Münster –

Regierungsrat z. A. Dipl.-Volkswirt J. Junghänel
zum Regierungsrat

Polizeipräsident – Wuppertal –

Abteilungspräsident Dr. H.-W. Fritsch
zum Polizeipräsidenten

Es sind versetzt worden:

Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen

Oberregierungs- und -vermessungsrat Dipl.-Ing. F. Brand
zum Innenminister

Regierungspräsident – Arnsberg –

Leitender Regierungsdirektor M. Müller
zum Regierungspräsidenten in Detmold

Regierungspräsident – Düsseldorf –

Regierungsdirektor R. Scheufler
zum Innenminister

Oberregierungsrätin J. Voll-Hartung
zum Innenminister

Oberregierungsrat Dr. E.-H. Ritter
zum Ministerpräsidenten

Regierungsrat Dr. W. Jenkner
zum Minister für Wissenschaft und Forschung

Regierungspräsident – Münster –

Regierungsdirektor K.-D. Koehler
zum Regierungspräsidenten in Düsseldorf

Es ist in den Ruhestand getreten:

Regierungspräsident – Düsseldorf –

Regierungsdirektor R. Schmitz

– MBl. NW. 1974 S. 1414.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales**Ministerium**

Es sind ernannt worden:

Leitender Ministerialrat Dr. H. Reuter zum Ministerialdirigenten

Ministerialrat R. Stenzel zum Ministerialdirigenten unter gleichzeitiger Versetzung vom Hessischen Sozialministerium zum Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ministerialrat D. Buchholtz zum Leitenden Ministerialrat

Ministerialrätin Dr. E. Funke zur Leitenden Ministerialrätin

Die Regierungsdirektoren

F. W. Broede

A. Pieper

H. König

zu Ministerialräten

Die Oberregierungsräte

Dr. K. G. Werner

Dr. D. Plewe

zu Regierungsdirektoren

Oberstudienrat A. Stockebrand zum Studiendirektor

Die Regierungsräte

H. Th. Schmitz

G. Rininsland

Dr. R. Eichholz

H. Siebel

zu Oberregierungsräten

Regierungs- und -gewerberat Dipl.-Ing. W. Hohmann zum Oberregierungsgewerberat

Frau E. Moskal unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zur Regierungsrätin z. A.

Dipl.-Physiker Dr. E. Kugler unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zum Regierungsrat z. A.

Es sind in den Ruhestand getreten:

Ministerialdirigent Dr. H. Studt

Leitender Ministerialrat G. Leven

Ministerialrat Dr. E. Drabik

Es ist ausgeschieden:

Ministerialdirigent H. Nesecker durch Übertritt zum Landschaftsverband Westfalen-Lippe auf eigenen Antrag

Nachgeordnete Dienststellen**Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit**

Es sind ernannt worden:

Richter am Arbeitsgericht W. Bitter, Arbeitsgericht Köln, zum Vorsitzenden Richter am Landesarbeitsgericht beim Landesarbeitsgericht Düsseldorf

Richterin B. Schuster zur Richterin am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Wuppertal

Richter W. D. Schulte zum Richter am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Hamm

Richterin G. Nordmeyer zur Richterin am Sozialgericht beim Sozialgericht Gelsenkirchen

Richter A. Bremer zum Richter am Sozialgericht beim Sozialgericht Aachen

Richter Dr. B. J. Müller zum Richter am Sozialgericht beim Sozialgericht Köln

Richter am Landessozialgericht H. Pieroth, Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, zum Vorsitzenden Richter am Landessozialgericht bei dem Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richter am Sozialgericht A. M. Roesler, Sozialgericht Dortmund, zum Richter am Landessozialgericht bei dem Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richterin am Arbeitsgericht Dr. R. Hüttemann, Arbeitsgericht Bonn, zur Vorsitzenden Richterin am Landesarbeitsgericht bei dem Landesarbeitsgericht Düsseldorf

Richter am Arbeitsgericht H. Ch. Matthes, Arbeitsgericht Bochum, zum Vorsitzenden Richter am Landesarbeitsgericht bei dem Landesarbeitsgericht Hamm

Richter am Arbeitsgericht U. Goerdeler zum Richter am Arbeitsgericht als aufsichtführender Richter beim Arbeitsgericht Rheine

Richterin M. Jansen zur Richterin am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Düsseldorf

Richter K. Brühl zum Richter am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Köln

Richter R. vom Felde zum Richter am Sozialgericht beim Sozialgericht Düsseldorf

Es sind versetzt worden:

Vorsitzender Richter am Landessozialgericht H. Geck als Präsident des Sozialgerichts vom Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen an das Sozialgericht Dortmund

Richter am Arbeitsgericht K. H. Gerke vom Arbeitsgericht Herford an das Arbeitsgericht Bielefeld

Vorsitzender Richter am Landessozialgericht J. Schafmeister vom Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen an das Schleswig-Holsteinische Landessozialgericht in Schleswig

Richter am Sozialgericht W. Kiene vom Sozialgericht Dortmund an das Sozialgericht Münster

Richter am Arbeitsgericht Dr. H. Iffland vom Arbeitsgericht Wuppertal an das Arbeitsgericht Essen

Es sind in den Ruhestand getreten:

Richter am Sozialgericht Dr. B. Köttgen, Sozialgericht Köln

Richter am Sozialgericht Dr. W. Schmelz, Sozialgericht Gelsenkirchen

Richter am Landessozialgericht Dr. R. Strehl, Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richter am Arbeitsgericht E. Brockmann, Arbeitsgericht Bielefeld

Richter am Arbeitsgericht G. Pohl, Arbeitsgericht Essen

Richter am Sozialgericht K. Kortmann, Sozialgericht Düsseldorf

Präsident des Sozialgerichts W. Göbelsmann, Sozialgericht Dortmund

Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Dr. H. Worbs, Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht H. Waechter, Landesarbeitsamt Hamm

Richter am Sozialgericht Dr. S. Troost, Sozialgericht Duisburg

Gewerbeaufsichtsverwaltung

Es sind ernannt worden:

Die Regierungsgewerbebedirektoren

J. Garbe – StGAA Recklinghausen –

J. Wenzel – StGAA Köln –

zu Leitenden Regierungsgewerbebedirektoren

Oberregierungs- und -gewerberat H. Stöckmann – Regierungspräsident Köln – zum Regierungsgewerbebedirektor

Oberregierungsgewerbebedirektor G. Zeyen – StGAA Recklinghausen – zum Regierungsgewerbebedirektor

Die Regierungsgewerbebedirektoren

F. Watermeier – StGAA Solingen –

H. Olsen – StGAA Soest –

K. Richter – StGAA Köln –

D. Hanke – StGAA Düsseldorf –

W. Mahr – StGAA Köln –

H. Ostertag – StGAA Duisburg –

P. Lechtenberg – StGAA Siegen –

U. Lange – StGAA Detmold –

L. Reimers – StGAA Köln –

O. Schulte – StGAA Duisburg –

zu Oberregierungsgewerbebedirektoren

Die Regierungs- und -gewerbebedirektoren

E. O. Hülsmann – Regierungspräsident Arnsberg –

K. Laumeier – Regierungspräsident Arnsberg –

zu Oberregierungs- und -gewerbebedirektoren

Die Regierungsgewerbebedirektoren z. A.

L. Balzer – StGAA Düren –

E. Kottmann – StGAA Dortmund –

R. Kriege – StGAA Hagen –

H. J. Stöcker – StGAA Krefeld –

G. Szélag – StGAA Aachen –

H. Wollny – StGAA Dortmund –

zu Regierungsgewerbebedirektoren

Regierungsgewerbebedirektor z. A. U. Gausmann – Regierungspräsident Düsseldorf – zum Regierungs- und -gewerberat

Oberregierungsrat Dr. F. Ludwig – Zentralstelle für Sicherheitstechnik, Strahlenschutz und Kerntechnik der Gewerbeaufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen – zum Regierungsdirektor

Regierungsrat G. Stadje – Zentralstelle für Sicherheitstechnik, Strahlenschutz und Kerntechnik der Gewerbeaufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen – zum Oberregierungsrat

Gewerbemedizinärztin z. A. D. Gossing – Staatl. Gewerbearzt Düsseldorf – zur Gewerbemedizinärztin

Es sind versetzt worden:

Regierungsgewerbebedirektor H. Stöckmann – Regierungspräsident Köln – an das StGAA Köln

Regierungsgewerbebedirektor R. Kamphausen – StGAA Mönchengladbach – an das StGAA Wuppertal

Regierungsgewerbebedirektor J. Wenzel – StGAA Aachen – an das StGAA Köln

Oberregierungs- und -gewerberat K. Laumeier – Regierungspräsident Arnsberg – an die Zentralstelle für Sicherheitstechnik, Strahlenschutz und Kerntechnik der Gewerbeaufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen

Oberregierungsgewerbebedirektor M. Giese – StGAA Krefeld – an das StGAA Mönchengladbach

Regierungsgewerbebedirektor z. A. Dr. P. Backes – StGAA Köln – zum Regierungspräsidenten Münster

Es ist in den Ruhestand getreten:

Oberregierungsgewerberater J. Goertz – StGAA Mönchengladbach –

Versorgungsverwaltung

Es sind ernannt worden:

Abteilungsleiter Dr. jur. U. Gerloff, Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen, zum Präsidenten des Landesversorgungsamtes Nordrhein-Westfalen

Leitender Regierungsdirektor E. Hahn, Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen, zum Abteilungsleiter

Regierungsmedizinischer Direktor Dr. A. Penzl, Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen – Außenstelle Köln –, zum Leitenden Regierungsmedizinischen Direktor beim Versorgungsamt Köln

Oberregierungsmedizinischer Rat Dr. H. Casser, Orthopädische Versorgungsstelle Köln, zum Regierungsmedizinischen Direktor

Oberregierungsmedizinischer Rat Dr. K. Voigt, Versorgungsamt Duisburg, zum Regierungsmedizinischen Direktor

Oberregierungsmedizinischer Rat Dr. E. Seip, Versorgungsamt Köln, zum Regierungsmedizinischen Direktor beim Versorgungsamt Aachen

Oberregierungsmedizinischer Rat G. Strutz, Versorgungsamt Wuppertal, zum Regierungsmedizinischen Direktor

Oberregierungsrat G. de Vivie, Versorgungsamt Köln, zum Regierungsdirektor beim Versorgungsamt Essen

Oberregierungsmedizinischer Rat Dr. W. Wittenbrink, Orthopädische Versorgungsstelle Münster, zum Regierungsmedizinischen Direktor

Regierungsrat H. Leufgens, Versorgungsamt Köln, zum Oberregierungsrat

Regierungsrat G. Fels, Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen, zum Oberregierungsrat

Regierungsrätin Th. von Witzleben-Wurmb, Versorgungsamt Bielefeld, zur Oberregierungsrätin

Regierungsmedizinischer Rat z. A. W. Gerdel, Institut für Dokumentation und Information über Sozialmedizin und öffentliches Gesundheitswesen in Bielefeld, zum Regierungsmedizinischen Rat

Regierungsrat z. A. G. Kahl, Versorgungsamt Gelsenkirchen, zum Regierungsrat

Regierungsrat z. A. D. Scarabis, Versorgungsamt Dortmund, zum Regierungsrat

Regierungsrat z. A. H. Woltering, Versorgungsamt Dortmund, zum Regierungsrat

Es sind in den Ruhestand getreten:

Präsident des Landesversorgungsamtes Nordrhein-Westfalen Dr. jur. E. Freitag

Leitender Regierungsmedizinischer Direktor Dr. H. Kratzsch, Versorgungsamt Köln

Regierungsmedizinischer Direktor Dr. H. Franzen, Orthopädische Versorgungsstelle Köln

Regierungsmedizinischer Direktor Dr. K. H. Wilcke, Versorgungsamt Dortmund

Regierungsmedizinischer Direktor Dr. H. J. Herberg, Versorgungssärztliche Untersuchungsstelle Köln

Regierungsmedizinischer Direktor Dr. W. Holz, Versorgungsamt Düsseldorf

Regierungsdirektor E. Reim, Versorgungsamt Dortmund

Regierungsdirektor Dr. jur. H. Schiller, Versorgungsamt Soest

Gesundheitsverwaltung

Es sind ernannt worden:

Leitender Regierungsmedizinischer Direktor z. A. Professor Dr. U. Gleichmann, Gollwitzer-Meier-Institut des Staatsbades Oeynhausen, zum Leitenden Regierungsmedizinischen Direktor

Regierungsmedizinischer Rat Dr. W. Althoff, Regierungspräsident Münster, zum Oberregierungs- und -medizinischen Rat

Regierungs- und -pharmazier Dr. W. Czirwitzky, Regierungspräsident Münster, zum Oberregierungs- und -pharmazier

Regierungschemiker Dr. rer. nat. H. Baumann, Chemisches Landesuntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen in Münster, zum Oberregierungschemiker

Regierungschemiker H. Meseke, Chemisches Landesuntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen in Münster, zum Oberregierungschemiker

Regierungspharmazierin z. A. E. Schulte-Austum, Regierungspräsident Detmold, zur Regierungs- und -pharmazierin

Es ist versetzt worden:

Regierungschemiker Dr. E. Gerstmann, Chemisches Landesuntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen in Münster, zur Stadt Düsseldorf

Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Es sind ernannt worden:

Regierungsdirektor Dr. Ch. Langner zum Leitenden Regierungsdirektor

Regierungsrat Dipl.-Ing. H. Strauch zum Oberregierungsrat

Regierungsgewerberater W. Dierschke zum Oberregierungsgewerberater

Regierungsrat z. A. Dr. U. Wittkötter zum Regierungsrat

Dipl.-Ing. P. Davids zum Regierungsrat z. A.

Dipl.-Physiker Dr. A. Junker zum Regierungsrat z. A.

Es sind versetzt worden:

Regierungsmedizinischer Direktor Dr. R. Felten in den Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern an das Bundesinstitut für Sportwissenschaft in Lönigen

Oberregierungsrat Dr. W. Rucker zum Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen

Es ist ernannt worden:

Oberregierungsrat P. Heyer zum Regierungsdirektor.

– MBl. NW. 1974 S. 1414.

Einzelpreis dieser Nummer 1,10 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888 293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 20,80 DM, Ausgabe B 22,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.